

Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Dresden. Verlagsnummer: 25 241. Nur für Reichsdruckerei: 27 011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. März 1927 bei täglich zweimaliger Zustellung ins Haus 1,50 Mk. Postbezugspreis für Monat März 3 Mark oben Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 1 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 30 Pf., für auswärts 35 Pf., Familienanzeigen und Gelegenheitsanzeigen ohne Rabatt 10 Pf., außerhalb 20 Pf., die 40 mm breite Reklameweile 150 Pf., außerhalb 200 Pf., Offerteneinladung 10 Pf., wenn Aufträge gegen Barzahlung.

Schriftleitung und Hauptverleger: Maxime 38 42. Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden. Postfach-Nummer 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe. „Dresdener Nachr.“ und alle Ueberschriften werden nicht wissend.

Reichsbahndebatte im Hauptauschuß. Kritik am Tarifwesen. — Mißliche Lage der Bahnhofsverkaufsstände.

Die Beratung der Kanalpläne.

Berlin, 15. März. Der Haushaltsauschuß des Reichstages überwiegt in fortgesetzter Beratung des Etats des Reichsverkehrsministeriums den Antrag auf Erhöhung des Staatsetats, der die Beteiligung des Reiches an der Reder A. G. durch Uebernahme von Aktien und Gewährung von Darlehen betrifft, um 3 Millionen auf 7.040.000 Mk. dem Unteranschuß. Die Forderung von 40,3 Millionen Mk. zur Förderung des Kanalbaues des östlich hannoverschen einschließlich des mit den Bauarbeiten im wirtschaftlichen Zusammenhang stehenden Grunderwerbes am Süßflügel veranlaßte eine längere Debatte. Verschiedene Abgeordnete verlangten die Streichung der Bauausführungen am Süßflügel, da sonst Verzerrungen bei der Inangriffnahme der verschiedenen Bauarbeiten des Mittelkanals zu befürchten sei. Es ginge nicht an, daß man einmal hier eine Strecke, ein andermal dort eine Strecke eines Kanals baue, lediglich um den Anwohnern Arbeit in doch verhältnismäßig nur geringem Maße zu verschaffen, und um ihnen gewissermaßen vorzuführen, daß man ihren Kanal nicht verläßt. Man müsse zum mindesten durchgehende Strecken bauen, die man in nicht zu langer Zeit in Betrieb nehmen könne.

Der Gesandte für Anhalt, Wirklicher Geheimrat Boden, ist für die Inangriffnahme des Süßflügels namens der Regierung des Landes Anhalt ein, das unmittelbar am Süßflügel beteiligt ist, und hat, den Antrag auf Vorenthaltung der nötigen Mittel abzulehnen. Er sei überzeugt, daß der gleiche Einspruch auch vom Lande Sachsen, das ebenso am Süßflügel beteiligt sei, erhoben werden würde. Das Kanalprojekt sei eine Einheit: Hauptstrecke und Süßflügel machten das Projekt aus.

Reichsverkehrsminister Dr. Koch protestierte gleichfalls gegen die beabsichtigte Streichung der Bauausführungen am Süßflügel des Mittelkanals. Insbesondere verwies der Minister darauf, daß Staatsverträge vorliegen. — Abg. Schulz, Bromberg (F.R.) wies prinzipiell darauf hin, daß man über den Bewilligungen zum Bau des Mittelkanals nicht die dringenden und wichtigen Verkehrsfragen im Auge des Reiches vernachlässigen dürfe, wo durch die Verlegung der Grenzen eine große Anzahl von Eisenbahnlinien gewissermaßen geköpft worden seien und heute brach lägen, denn über die polnische Grenze hinaus ließen sich wichtige Verbindungsstellen nicht aufrechterhalten. Wenn nun so große Summen für Kanalprojekte hier bewilligt werden sollten, so müsse auch der Haushaltsauschuß vor deren Genehmigung die Sicherheit haben, daß für die Verkehrsverbesserung in den östlichen Grenzgebieten die erforderlichen Geldmittel bereit sind.

Reichsverkehrsminister Dr. Koch erkannte an, daß sowohl im Osten insbesondere in Schlesien, wie natürlich auch in den rheinischen Gebieten in dieser Beziehung wesentliche andere Zustände geschaffen werden müßten. Er hoffe, daß bei Gelegenheit der Aufstellung des nächsten Etats entsprechende Mittel bereitgestellt werden. Es sei nicht zu leugnen, daß möglichst schnell das Versäumte nachgeholt werden müsse, und

daß die Wiederherstellung der Eisenbahnlücken in den östlichen und westlichen Provinzen des Reiches nicht auf Kosten der projektierten Kanalbauten vernachlässigt werden dürfe.

Alle Kanalprojekte, die mit einem ersten Teilbeitrag im Etat des Reichsverkehrsministeriums aufgeführt sind, wurden darauf zur weiteren eingehenden Beratung dem Unteranschuß überwiesen. Das gleiche geschah mit dem Etatteil über den Mittelkanal. Der Unteranschuß wird heute nachmittag im Beisein des Reichsfinanzministers über die Kanalprojekte beraten. Hierbei wird der Reichsfinanzminister um eine Erklärung gebeten werden, wie er sich die Balancierung des Etats denkt. In der Mittwochsitzung des Haushaltsauschusses wird dann über die Abstriche, die der Unteranschuß an den Kanalprojekten wahrscheinlich ausführen wird, berichtet werden.

Generaldebatte über die Reichseisenbahn.

Abg. Schumann (Soz.) sprach seine Unzufriedenheit mit der Politik der Hauptverwaltung der Deutschen Reichseisenbahngesellschaft, insbesondere in Personalfragen aus. — Abg. Wieland (Dem.) erbat Auskunft vom Minister, wie es mit der Vorlage der Denkschrift betr. der Umgestaltung des Reichsverkehrsministeriums zu einem technischen Ministerium stehe, die der Reichstag schon beim Etat 1925 einstimmig verabschiedet habe, ferner darüber, wie es mit der Elektrifizierung der Eisenbahnen stehe. Außerdem wünschte er zu wissen, welche Stellung der Minister zu der Tarifpolitik der Reichseisenbahn einnehme.

Abg. Groß (F.) begrüßte es, daß sich das Verhältnis zwischen Reichsbahn und Reichsverkehrsministerium gebessert habe und beklagte, daß der D a w e s p l a n für die Reichseisenbahn eine außerordentlich schwere finanzielle Belastung darstelle. Die Tarifpolitik der Eisenbahn müsse grundlegend geändert werden, insbesondere müsse mehr Rücksicht auf einzelne Gebiete, wie Süddeutschland sowie den Osten und Westen des Reiches, genommen werden. Auch bei der Vergabe der öffentlichen Aufträge des Eisenbahnzentralamtes würden vielfach Klagen über Monopolisierung einzelner Firmen gehöhrt. Süddeutschland müsse bei der Vergabe der Aufträge besser bedacht werden. Der Redner bemängelte dann, daß sich in den Auslagen der Bahnhofsverkaufsstände trotz des Schund- und Schundackes die Schundliteratur breit mache. Die Reichseisenbahnverwaltung dürfe von den Bahnhofsverwaltungen nicht so hohe Pachtsummen fordern, daß die Buchhandlungen gezwungen seien, ihren Verdienst mit Schund und Schund zu machen. Sehr zu beklagen sei auch, daß die Reichseisenbahnverwaltung Verträge mit großen Aktiengesellschaften abschließe, die nun ihrerseits wieder Unterpächtern auf dem Gebiete der Reichsbahnen vornehmen. Das zeige sich beispielsweise bei den Verkaufsständen der Aktiengesellschaft für Handel und Verkehr. Diese Verkaufsstände seien auf jedem kleinen Bahnhof vorhanden. Die Aktiengesellschaften schloßen den Hauptverdienst ab und die armen Leute, die 12 bis 14 Stunden die Verkaufsstände bedienten, hätten das allerwenigste davon.

Danzigs Erfolg in Genf.

Das Ergebnis nationaler Politik. (Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Danzig, den 13. März 1927.

Vor drei Tagen hat der Völkerverbundrat der Aufnahme einer Danziger Anleihe in Höhe von 40 Millionen Danziger Gulden zugestimmt. Damit sind für Danzig die Kämpfe eines halben Jahres, die von polnischer Seite in der bewußten Absicht geführt wurden, Danzig wirtschaftlich zu schädigen und die Sanierungsanstrengungen zu verhindern, zu einem für Danzig günstigen Abschluß gelangt. Dreiundzwanzigmalig die Vertreter Danzigs im Verlaufe des letzten halben Jahres nach Genf fahren, um mit dem Völkerverbundrat über die Empfehlung der Anleihe zu verhandeln, da Danzig ohne die Genehmigung des Völkerverbundes keine auswärtige Anleihe aufnehmen darf. Obwohl Polen immer behauptet, es wolle die Danziger Wirtschaft fördern, hat es aus politischen Gründen immer neue Schwierigkeiten aufgetürmt, um das Zustandekommen der Anleihe zu verhindern und unter dem Druck wirtschaftlicher Schwierigkeiten politische Zugeständnisse von Danzig zu erpressen.

Während der Septembertagung des Völkerverbundrates hatte Polen leichtes Spiel. In Danzig war eine Linksexekution am Werke, deren marxistische Wirtschaftspolitik viele Angriffspunkte bot und nicht geeignet war, im Auslande Vertrauen zu erwecken. Es kam hinzu, daß die pazifistische Anbiederungspolitik, die von Seiten dieser Danziger Regierung gegenüber Polen getrieben wurde, die Polen zu der Hoffnung berechtigen konnte, daß die völkige Aufgabe der Danziger Staatshoheit nur noch eine Zeitfrage sein würde. Vielleicht mag man damals auch in Völkerverbundkreisen die ungeliebte Hoffnung gehabt haben, man würde den unbekannteren Danziger Schilling auf friedliche und bewogene Art, ohne ernsthaften Widerstand, an Polen abstoßen können. Unter diesen Umständen war es nicht verwunderlich, daß die Danziger Abordnung damals unter recht bescheidenen Umständen und gänzlich unverrichteter Dinge nach Hause fahren mußte. Das Risiko in Genf und die inneren Mißerfolge der Linksexekution führten kurz darauf ihren Sturz herbei. Nach wochenlangen innerpolitischen Kämpfen, nach Kämpfen gegen parlamentarische Unfähigkeit und gegen den leidigen Parteigeist kam dann endlich eine neue Regierung zustande, die national eingestellt und zur Erhaltung der deutschen Selbständigkeit Danzigs entschlossen war. Die Folgen der sozialistisch-pazifistischen Regierungskursstöße zwangen auch die neuen Männer, im Dezember den Kanonengang nach Genf anzutreten. Und obwohl die neue Regierung erst wenige Tage im Amte war, zeigte sich schon jetzt, daß die in aller Eile durchgeführten inneren Reformen und der feste Wille zur nationalen Selbstbehauptung, der die Regierung befehle, die Stellung der freien Stadt Danzig und ihr Ansehen gehoben hatten. Selbst der Völkerverbund mußte die Arbeit der Danziger Regierung anerkennen. Er räumte grundsätzlich der Aufnahme einer Anleihe zu. Allerdings gelang es den polnischen Duettenbereiten, die endgültige Zustimmung zu der Anleihe davon abhängig zu machen, daß Danzig sich mit Polen über den Postverteilungsschlüssel und über die Beteiligung Polens am Danziger Tabakmonopol einig mache. Schon damals war es für jeden Kenner der polnischen Absichten klar, daß Polen damit lediglich ein Mittel in die Hand bekommen wollte, um die Sanierung Danzigs so lange zu verschleppen, bis Danzig wirtschaftlich und moralisch müde würde und den Polen Zugeständnisse auf Kosten der nationalen Selbständigkeit Danzigs machen müßte. Polen spielte auch sehr bald mit offenen Karten. Es verlangte maßgebenden Einfluß auf die innere Verwaltung der Danziger Röhre, es verlangte die Majorität bei der Beteiligung am Danziger Tabakmonopol und seiner Verwaltung. Wieder einmal sollten wirtschaftliche Dinge zum Vorwand dienen, um die Selbständigkeit der Danziger Verwaltung zu erschüttern, um Danzig politisch zu erobern. Die Danziger Regierung bewies aristokratische Verhandlungsbereitschaft, sie bestand den Polen sogar eine gewisse Beteiligung am Tabakmonopol zu, aber sie blieb fest darauf bestehen, daß Danzig die Entscheidung in inneren Fragen in der Hand behalten müßte. Die polnischen Forderungen, die dahin zielten, daß Polen das Ueberwicht im Danziger Tabakmonopol und den maßgebenden Einfluß in der inneren Danziger Postverwaltung erhalten müßte, wurden von der Danziger Regierung als unannehmbar zurückgewiesen. Die Danzig-polnischen Verhandlungen über diese Fragen wurden ergebnislos vertagt.

Unter diesen Umständen schien, als Danzig dieser Tage zum dritten Male seine Vertreter nach Genf sandte, die Möglichkeit einer Einigung und damit der Anleiheempfehlung noch in weiter Ferne zu stehen. Als die Danziger Abordnung sah, daß Polen auch in Genf seine Haltung nicht änderte, fand sie den Mut, zu dem letzten Mittel zu greifen, das dem machtlosen kleinen Danzig noch blieb: In einer Denkschrift stellte sie mit rückwärtslofer Offenheit die Verhandlungen zwischen Danzig und Polen klar, wies darauf hin, daß die manuelle Verhandlungsbereitschaft Polens ein Weiterverhandeln unmöglich machte und beantragte die Ablehnung der Danziger Anleihefrage von der Tagung des Rates. Danzig würde versuchen, sich aus eigener Kraft zu sanieren. Die Denkschrift war eine offene Anklage gegen die Unerblichkeit der polnischen Politik. Für den Völkerverbund war sie eine Warnung, daß das Prestige des Völkerverbundes auf dem Spiele stand, wenn Danzig

Das Echo des Freispruchs Jürgens.

Billigung der Berliner Presse.

Berlin, 15. März. Die Mehrzahl der Berliner Blätter enthalten ausführliche Kommentare zu dem Urteil im Jürgens-Prozess. Das Urteil selbst findet, mit Ausnahme der „Neuen Jahn“, in keinem Blatt Widerspruch. Scharf kritisiert dagegen wird, besonders in den Zeitungen der Rechten, die Anklage und die Voruntersuchung. — Die „Deutsche Zeitung“ fordert eine Justizreform. Vor allem müsse in wichtigen Straffällen der Schutz des Angeklagten viel wirksamer gestaltet werden. — Die „Kreuz-Zeitung“ spricht von einer Vertrauenskrise der Justiz. — Die „Deutsche Tageszeitung“ fragt: Darf derart mit Ehre und Freiheit eines bis dahin unbescholtenen Menschen umgegangen werden, ohne daß die Justiz selbst in der Achtung der Öffentlichkeit sinkt?

Die „Tägliche Rundschau“ schreibt: Es ist wieder einmal viel Porzellan zerbrochen worden und es kann weder geflickt noch geflickt werden. Welche theoretischen und praktischen Folgerungen aus dem Jürgens-Prozess zu ziehen sind, werden die verantwortlichen Stellen gewissenhaft zu erwägen haben. — Die „Voll-Zeitung“ sagt: Die Art der Anklageerhebung, das Ausmaß der unbilligen Anklagepunkte, wie die Auslegung belangloser Hausaltersurden als Verzug oder Verhören, hatten von vornherein den Oberstaatsanwalt in die Defensive gedrängt. — Im „Vorwärts“ heißt es: Jürgens ist von der Anklage des fahrlässigen Tötens freigesprochen worden. Man mag über den juristischen Standpunkt denken, was man will, ein muß man aber verlangen, daß ein jeder deutsche Staatsbürger mit dem gleichen Maß gemessen werde.

Der preussische Justizminister zum Fall Jürgens.

Berlin, 15. März. In einer Besprechung des neuen preussischen Justizministers mit der Berliner Presse führte dieser über den Fall Jürgens etwa folgendes aus: Die Frage ist berechtigt: Darf derart mit Ehre und Freiheit eines

bis dahin unbescholtenen Menschen, noch dazu eines Menschen in öffentlichem Vertrauensposten, umgegangen werden, ohne daß die Justiz selbst in der Achtung der Öffentlichkeit sinkt? Mir Recht wird gefordert, daß eine derartige Tragödie sich nie wieder vor dem Richterstuhl abspiele, weil sonst das schiefste Bollwerk der staatlichen Gemeinschaft in seinen Grundfesten erschüttert wird. Selbst in den sozialdemokratischen Kreisen wird jetzt die Frage aufgeworfen: Wenn gegen einen Landgerichtsdirektor unbescholten ein Ermittlungsverfahren eröffnet werden kann, wenn ein hoher Richter ein Jahr in Untersuchungshaft festgehalten wird und von einem Staatsanwalt eine Haftstrafe von 2½ Jahren beantragt werden kann, wessen hat sich dann der einfache Mann zu gewärtigen? Andererseits waren es linksradikale Kreise, die gestern anlässlich der Urteilsverkündung vor dem Gerichtsgebäude Kravalle veranstalteten, obwohl seitens der Polizei Vorkehrungen gegen angelegentlichste Demonstrationen getroffen worden waren. Ein Polizeioffizier wurde von einem der Hauptakteure bei dem Zusammenstoß zu Fall gebracht, ein anderer Kommunist stürzte sich sofort mit gezücktem Messer auf den Offizier, der jedoch noch im letzten Augenblick von einigen Beamten befreit werden konnte.

Berufung des Staatsanwalts im Fall Kölling

Berlin, 15. März. Wie zuverlässig verlautet, hat auch der Generalstaatsanwalt gegen das Urteil des Raumburger Disziplinargerichtshofes in Sachen Kölling-Hoffmann Berufung eingelegt.

Verlegung des Wiking-Prozesses.

Leipzig, 15. März. Die Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof in Sachen Wiking und Olympia, die ursprünglich auf den 17. d. M. angesetzt war, ist vertagt worden. Voraussichtlich wird die Verhandlung am 23. März beginnen. (M.D.)